



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Gemeinde Nottuln am 07.09.2021.

Sitzungsort: im Forum des Rupert-Neudeck-Gymnasiums, St. Amand-Montrond-Str. 1, 48301 Nottuln
Beginn: 19:02 Uhr
Ende: 22:14 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzende/r

Dr. Susanne Diekmann Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder

Manfred Gausebeck	SPD	
Margarete Große Wiesmann	CDU	
Dr. Andrea Quadt-Hallmann	CDU	
Morten Steimann	CDU	
Susanne Strätker	CDU	
Martin Uphoff	Bündnis 90/Die Grünen	
Helmut Walter	FDP	Vertretung für Herrn Dr. Geuking

Sachkundige/r Bürger/in

Markus Böker	CDU
Brigitte Kleinschmidt	UBG
Lukas Laakmann	CDU
Daniel Wendring	SPD

Von der Verwaltung

Ian Bartlett

Petra Bunzel
Kerstin Juta
Daniel Krüger
Jonas Sonntag
Dr. Dietmar Thönnies

Als Gast

Herr Suhre
Herr Tippkötter

Schriftführung

Elisa Mütterig

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

A. Öffentliche Sitzung

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
----------	----------------------------------------------------------------------------------

Die Ausschussvorsitzende, Ratsfrau Dr. Susanne Diekmann, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Ausschusssitzung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2	Mitteilungen
----------	---------------------

Frau Dr. Diekmann bittet Herrn Bartlett, sich als neuer Mobilitätsmanager in der Gemeindeverwaltung vorzustellen.

Der Bürgermeister erläutert, dass über eine LEADER Förderung fünf Fahrradboxen und zwölf Fahrradanhänger angeschafft und im Gemeindegebiet aufgestellt werden sollen.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Gemeinde Nottuln gemeinsam mit der evangelischen und katholischen Kirchengemeinde einen Gedenkort für die Coronazeit schaffen möchte. In der Nähe der Bodelschwingstraße soll eine Gedenkplatte zusammen mit zwei Bänken aufgestellt werden. Diese soll in eine Blühwiese eingebettet werden, auf der auch eine Skulptur aufgestellt werden soll.

3	Vorstellung der Strategieplanung zur Erreichung der Klimaneutralität 2030 durch den Energieberater Vorlage: 102/2021
----------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Herr Tippkötter stellt die Strategieplanung zur Erreichung der Klimaneutralität 2030 vor.

Die SPD begrüßt die Vorstellung und regt an, den vorgestellten Zeitplan nun zu beschließen.

Die FDP schlägt vor, das bestehende Klimaschutzkonzept als Grundlage zu nehmen und darauf aufzubauen. Die Strategieplanung sei nun eine Fortschreibung unter geänderten Rahmenbedingungen mit ambitionierteren Zielsetzungen.

Die UBG sieht keine Verpflichtung in den Beschlussvorschlägen und kritisiert das Fehlen von konkreten Umsetzungsvorschlägen.

Die Vorsitzende Frau Dr. Diekmann erläutert, dass der vorliegende Antrag zunächst auf Initiative der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen entstanden ist. Nach einigen Diskussionsrunden habe man sich entschlossen, möglichst viele Gruppen als auch Fraktionen mitzunehmen. Ergebnis dieser

Zusammenarbeit sei der vorliegende Antrag.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Klimaneutralität im Jahr 2030 für die Gemeinde Nottuln bereits Teil seines Wahlprogramms war, sodass er auch unabhängig vom vorliegenden Antrag gemeinsam mit Frau Bunzel und Herrn Tippkötter die Strategieplanung zu Klimaneutralität angestoßen hat. Die Erreichung der Klimaneutralität bis 2030 sei zum einen ganz individuelle Verantwortung von jedem einzelnen, aber doch auch eine gemeinsame Aufgabe.

Die SPD regt an, den Ausbau erneuerbarer Energien im Gemeindegebiet voran zu treiben.

Die Vorsitzende bringt ein, dass die Politik sich mit dem vorliegenden Beschluss zu der Erreichung einer Klimaneutralität verpflichten könne und die Erstellung einer Strategieplanung dann eine Aufgabe der Verwaltung sei. Die einzelnen Maßnahmen der Strategieplanung können im Anschluss von der Politik auf den Weg gebracht werden.

Die Vorsitzende erteilt Anregungsgeber Richard Mannwald das Wort.

Die UBG äußert, dass sie keine Notwendigkeit sehe, erneut ein externes Büro zur Erarbeitung eines Konzeptes einzuschalten. Die Vorsitzende erklärt, man könne von der Expertise des externen Büros profitieren.

Die FDP erläutert, dass sie der Erarbeitung einer Strategieplanung grundsätzlich zustimme, jedoch den vorgelegten Maßnahmenkatalog aus dem Antrag für zu früh halte.

Die SPD befürwortet den Antrag und den Beschluss des Maßnahmenkatalogs.

Die Vorsitzende lässt getrennt über die Beschlüsse abstimmen.

Anmerkung zum Maßnahmenkatalog: Einzelne Punkte aus dem Maßnahmenkatalog wurden seitens der Verwaltung bereits auf dem Weg gebracht.

Beschluss:

1. Die Vorstellung der Strategieplanung zur Erreichung der Klimaneutralität 2030 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 2.

- a. Der Rat der Gemeinde Nottuln bekennt sich zu seiner Verantwortung, die CO₂-Emissionen mit Priorität zu senken und die Erderwärmung zu stoppen. Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und Anpassungen an die Klimakrise stellt für die heute lebenden Generationen eine Pflicht und eine Schicksalsaufgabe dar.

- b. Der Rat der Gemeinde Nottuln erkennt an, dass die Ziele des Pariser Klimaabkommens, die Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad zu begrenzen, nur dann erreicht werden könne, wenn alle staatlichen Akteure ihre Anstrengungen deutlich verstärken.
- c. In diesem Sinne ruft die Gemeinde Nottuln das Ziel aus, Klimaneutralität bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Dieses Ziel gilt es mit hoher Priorität nach bestem Wissen und bestehenden Kräften zu erreichen.
- d. Hierzu legt die Gemeindeverwaltung bis zum Ende des Jahres eine aktuelle CO₂-Bilanz vor, welche zur Grundlage der Klimaschutzbemühungen gemacht wird. Des Weiteren legt sie bis Ende des Jahres ein Konzept vor, wie die Gemeinde Nottuln die Klimaneutralität bis 2030 erreichen kann. Über die erreichten Fortschritte unterrichtet sie den Ausschuss für Umwelt und Mobilität jeweils zum Ende eines jeden Jahres.
- e. Die in Anlage 03 und 04 genannten Projektvorschläge werden allseits zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis:

mehrere Beschlüsse >> Niederschrift

4	Umsetzung des Straßenbaumkonzeptes der Gemeinde Nottuln Coubertin Straße Vorlage: 106/2021
----------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------

Herr Suhre stellt das Straßenbaumkonzept für die Coubertinstraße vor.

Die FDP schlägt als Variante 4 vor, den Ist-Zustand beizubehalten. Die vorgeschlagenen Umbauvarianten stünden in keinem Verhältnis zu den Kosten. Die Straße solle zu einer Spielstraße ernannt werden.

Die Vorsitzende Frau Dr. Diekmann erklärt, dass bei einer Besichtigung der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen das Exposé vom damaligen Architekten der Siedlung in Augenschein genommen wurde und dort eine Spielstraße geplant war.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen regt an, die Coubertinstraße nun in eine Spielstraße umzuwandeln und einen fachgerechten Rückschnitt der Wurzeln der vorhandenen Bäume vorzunehmen. Herr Krüger entgegnet, dass diese Option bereits mit dem Kreis Coesfeld besprochen wurde und sich die Gestaltung der Coubertinstraße aufgrund des vorhandenen Hochbords des Bürgersteiges nicht dafür eignet. Die einzige Option sei, den Gehweg zu entsiegeln, was mit hohen Kosten verbunden wäre. Die Verwaltung ist beauftragt worden, zunächst ein Baumkonzept zu

erarbeiten, aus dem die einzelnen Maßnahmen im Anschluss umgesetzt werden sollten.

Die SPD erkundigt sich bei Herrn Krüger, inwieweit die Versicherungen zahlen, wenn wiederholt dort Bürger stürzen würden, weil die Gemeinde der Verkehrssicherungspflicht nicht nachgekommen ist. Herr Krüger erklärt, dass die Versicherungen bei einem erneuten Schaden nicht mehr zahlen. Solche Fälle gebe es auf dem Gemeindegebiet bereits. Herr Sonntag erinnert im Übrigen an die Schadensminderungspflicht des Versicherungsnehmers.

Die CDU begrüßt grundsätzlich die Idee einer Spielstraße, erläutert jedoch, dass durch eine Umgestaltung der Straße möglicherweise KAG-Beiträge fällig werden würden. Dies kann die Fraktion nicht befürworten. Stattdessen schlägt die Fraktion vor, die im Raum stehenden Kosten als Budget zu verstehen und in einem Workshop gemeinsam mit den Anwohnern eine Gestaltungsvariante zu erarbeiten.

Die UBG schließt sich der FDP und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen an und möchte in jedem Fall die Anwohner beteiligen.

Die Vorsitzende äußert sich irritiert über die Beschlussvorlage der Verwaltung, da eine Fällung von 64 von 65 Bäumen inakzeptabel sei.

Die CDU betont, dass an dieser Stelle eine Grundsatzentscheidung der Politik und nicht die Festlegung von Baumstandorten gefordert sei. Es sei Aufgabe der Politik, einen Kostenrahmen festzusetzen und eine Entscheidung gemeinsam mit den Anwohnern herbeizuführen.

Der Bürgermeister erläutert, dass es das gemeinsame Ziel sei, so viele Bäume wie möglich zu erhalten. Die Verwaltung müsse auf der einen Seite die Verkehrssicherungspflicht tragen und gleichzeitig möglichst viele Bäume erhalten. Die Festsetzung eines Kostenrahmens von 207.000 Euro, der der zuvor präferierten Variante 1 entspricht, abzustecken, sei eine praktikable Lösung. Ziel des Ausschusses ist es, eine Empfehlung an den Rat zu geben und dies kann man mit dem zuvor genannten Vorschlag erreichen.

Es folgt eine Sitzungsunterbrechung von 20:58 bis 21:17 Uhr.

Die Vorsitzende lässt über den nachfolgenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird mit der Durchführung eines Workshops beauftragt, in der die Details der Bepflanzung abgestimmt werden.
2. Die Ergebnisse des Workshops werden in die Planung eingearbeitet und dem Ausschuss zur Beratung vorgelegt.
3. Die Baukosten für das Projekt werden auf 207.000 Euro gedeckelt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 1

einstimmig angenommen

5	1. Fortschreibung Straßen- und Wegekonzept gemäß § 8 a KAG NRW Vorlage: 099/2021
----------	---------------------------------------------------------------------------------------------

Herr Suhre stellt die Fortschreibung des Straßen- und Wegekonzeptes vor.

Die UBG bittet die Gemeindeverwaltung zu prüfen, ob es Fördergelder für die Umsetzung des Konzeptes gebe. Zudem sollte geprüft werden, ob es Fördermittel für die Instandhaltung von Wirtschaftswegen gebe. Herr Krüger erläutert, dass beides geprüft wird. Zudem erklärt er, dass zunächst ein Konzept für die Wirtschaftswegen erstellt werden müsse, da sich das vorliegende Konzept ausschließlich auf die innerörtlichen Straße beziehe.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt und Mobilität / Rat nimmt den Sachstand zur Kenntnis und beschließt die 1. Fortschreibung des Straßen- und Wegekonzept der Gemeinde Nottuln (Anlage 1) zur Sicherung der Zuwendungsvoraussetzungen für eine Förderung des umlagefähigen Aufwandes der nach § 8 Absatz 1 Satz 2 Kommunalabgabengesetz NRW (KAG) beitragsfähigen Straßenbaumaßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

6	Barrierefreier Umbau des Ortskerns Nottuln im 4. BA; hier: Beschluss der weiteren Planung als Grundlage für den Antrag auf Städtebauförderung Vorlage: 019/2021/2
----------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wünscht, die entfallene Ersatzpflanzung im Bereich der Ratsschänke in die Planung wieder aufzunehmen. Frau Jutta-Wiggeshoff erläutert, dass der Entfall der Ersatzpflanzung auf einem Wunsch aus der Anliegerversammlung basiert. Herr Krüger weist darauf hin, dass es nach dem Stand der Technik schwierig werde, an der gewünschten Position eine Ersatzpflanzung vorzunehmen.

Es folgt eine Sitzungsunterbrechung von 21:43 bis 21:44 Uhr.

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wird der Beschlussvorschlag der Verwaltung um folgenden Satz ergänzt: Die nach der Anliegerversammlung entfallene Ersatzpflanzung im Be-

reich der Ratsschänke wird wieder in die Planung aufgenommen.

Beschlussvorschlag:

Der vorliegenden Entwurfsplanung für den 4. BA des barrierefreien Umbaus des Nottulner Ortskerns (siehe Anlage 1) wird zugestimmt. Die nach der Anliegerversammlung entfallene Ersatzpflanzung im Bereich der Ratsschänke, wird wieder in die Planung aufgenommen. Die Verwaltung wird damit beauftragt, für diese Planung einen Antrag auf Städtebaufördermittel in diesem Jahr (Frist: 30.09.2021) zu stellen. Mit Vorliegen des Fördermittelbescheids und eines entsprechenden Beschlusses über den Haushalt der Gemeinde Nottuln für das Jahr 2022 können die Leistungen ausgeschrieben werden.

Vorbehalt: die vorliegende Entwurfsplanung kann sich ggf. noch ändern, wenn das Ergebnis der verbindlichen Anliegerversammlung (geplant: Herbst 2021) es erfordert. Über dieses Ergebnis werden die politischen Gremien gesondert informiert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

7 Antrag der CDU-Fraktion vom 07.07.2021
"Aufenthaltsqualität steigern und Attraktivität verbessern - Einrichtung eines beheizten Warteraums am Bahnhof Nottuln-Appelhülsen"
Vorlage: 104/2021

Die UBG erläutert, dass aus Fraktionssicht dieser Antrag bei der Deutschen Bahn gestellt werden solle. Der Bürgermeister erklärt, dass es bereits Gespräche zur Umsetzung eines solchen Warteraumes gegeben hat. Der Bahnhof Appelhülsen fällt bei der Deutschen Bahn in die sogenannte Kategorie fünf bis sechs, bei der solche Maßnahmen nicht vorgesehen sind.

Die SPD erkundigt sich, wie weit das Wartehäuschen von den Gleisen weg sei.

Die CDU regt an, die 90% Förderung in Anspruch zu nehmen und nicht darüber zu reden, warum dieser Antrag nicht sinnvoll sei.

Die FDP begrüßt den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Die CDU wirbt dafür, dass man erste Schritte für eine Mobilitätswende tun müsse und dies eine Option sei.

Die FDP erläutert, dass die Kosten für die Verkehrssicherungspflicht, die Gewährleistung der technischen Standards sowie die Unterhaltung des Wartehäuschens aus Fraktionssicht zu hoch seien. Die CDU entgegnet, dass es sich zunächst nur um einen Prüfauftrag an die Verwaltung handle.

Der Bürgermeister erklärt, dass verwaltungsseitig derzeit zum einen die Einrichtung eines WLAN-Netzes für den Bahnhof Appelhülsen in der Markterkundung sei und zum anderen Gespräche zur Anwerbung eines Foodtrucks geführt werden. Es sei sinnvoll, zunächst die Erarbeitung des Mobilitätskonzeptes abzuwarten. Einen konkreten Zeitpunkt zu nennen, wann das Konzept fertig ist, ist derzeit schwer möglich, jedoch ist die Fertigstellung für das nächste Jahr angekündigt.

Die CDU hält an dem Beschlussvorschlag der Fraktion fest. Die Ausschussvorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der CDU abstimmen.

Beschluss:

1. Die Gemeindeverwaltung nimmt Gespräche mit dem Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) auf, um Fördermöglichkeiten für die Einrichtung eines beheizten Warteraums am Bahnhof Nottuln-Appelhülsen aus dem Infrastrukturförderprogramm zu prüfen.
2. In diesem Zusammenhang erstellt die Gemeindeverwaltung eine Kostenschätzung für die Einrichtung und den Betrieb eines beheizten Warteraums. Die Kostenschätzung sollte ebenfalls geeignete Ausstattungsmerkmale zur Vermeidung von Vandalismusschäden enthalten, etwa identitätsbasierte Zugangssysteme oder Sicherheitskameras.
3. Die Gemeindeverwaltung nimmt Kontakt zu lokalen Unternehmen auf und prüft die Bereitschaft, sich mit einem Sponsoring an der Einrichtung eines beheizten Warteraums, das entsprechend der Sponsoren gestaltet werden kann (s. Beispiel LVM in Münster), finanziell zu beteiligen, um eine mögliche Finanzierungslücke zu schließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 9 Nein 1 Enthaltung 2

mehrheitlich angenommen

8	Antrag der CDU-Fraktion vom 07.07.2021 "Einführung von reinen Bedarfsfahrten in den Außenbereich im örtlichen Linienverkehr" Olfener Modell extralight - ökonomisch, ökologisch, bedarfsgerecht Vorlage: 105/2021
----------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Herr Sonntag leitet in die Vorlage ein. Der CDU-Antrag liegt in zwei unterschiedlichen Versionen der Verwaltung vor, daher wird die Verwaltung zunächst die in der zusätzlichen, zweiten Version des Antrages vorhandenen Punkte ausarbeiten.

Beschlussvorschlag:

Vorschlag der CDU – Fraktion:

Die (nach-)mittäglichen Fahrten auf den Linien 680, 681, 682 und 685, die überwiegend durch den Außenbereich verkehren, werden in Absprache mit den zuständigen Stellen außerhalb geschlossener Ortschaften vollständig auf Bedarfsbedienung umgestellt, d. h. Haltestellen im Außenbereich werden nur bei Aussteigern im Bus oder vorheriger (z. B. telefonischer) Anmeldung des Einstiegs angefahren, sofern durch die verkürzten Fahrzeiten bzw. -wege Kosten eingespart werden können.

Vorschlag der Verwaltung:

Der Antrag wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, Rücksprache mit den entsprechenden Stellen (Kreis Coesfeld, RVM, Verkehrsunternehmen, Bürgerbusverein Olfen) zu halten und über die eingeholten Informationen in einer nächsten Sitzung Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Vertagt

9	Standortfindung Skateanlage Nottuln Vorlage: 100/2021
----------	------------------------------------------------------------------------

Der Bürgermeister erläutert, dass die Standortfindung in zwei Zoom-Konferenzen, an denen Interessierte teilgenommen haben, stattgefunden hat. Derzeit handelt es sich um einen reinen Vorratsbeschluss, da die finanziellen Mittel nicht zur Verfügung stehen.

Die CDU erkundigt sich, ob es sich um eine reine Skateranlage handelt. Der Bürgermeister erklärt, dass die Anforderungen der verschiedenen Sportarten für eine solche Anlage sehr unterschiedlich sind, sodass diese Frage zu einem späteren Zeitpunkt unter erneuter Beteiligung beantwortet werden muss.

Die UBG wünscht, die Gemeindewiese von einer Bebauung freizuhalten. Zudem regt die Fraktion an, dass die Verwaltung die Skateanlage in Havixbeck besichtigt.

Die SPD erläutert, dass die Fraktion die Standortfindung begrüßt und betont, dass es sich bei der Errichtung einer Skateanlage um eine Luxusinvestition für eine Gemeinde handle.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erläutert, dass der Standort eins einsehbar sei und bei Standort zwei die soziale Kontrolle fehle.

Der Bürgermeister berichtet, dass für beide Standorte die entstehende Lärmkulisse vertretbar ist. Der Standort zwei bietet den Vorteil, dass der Jugendtreff in unmittelbarer Nähe ist. Gleichzeitig kann man mit der Wahl von Standort zwei die Gemeindewiese für die Realisierung anderer Projekte freihalten.

Die CDU begrüßt den Standort zwei und wünscht eine erneute Abfrage bei Realisierung des Projektes.

Die Ausschussvorsitzende lässt über den Standort zwei abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Standort 2 „Fläche südlich der Steverschule“ wird für die Entwicklung eines Skateparks festgelegt und wird entsprechend vorgehalten. Wenn es die Haushaltslage zulässt bzw. sich eine entsprechende Förderkulisse ergibt, ist die Verwaltung beauftragt, in die weitere Standortplanung einzusteigen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 2

einstimmig angenommen

10 Verschiedenes

Die CDU erläutert, dass die Fraktion angesprochen worden sei, ob es möglich wäre, eine Fußgängerquerung auf Höhe der Bushaltstelle der Linie S 60 kurz vor der Autobahnbrücke zu installieren. Herr Krüger erläutert, dass die Zustimmung des Straßenbaulastträgers zu einer solchen Maßnahme unwahrscheinlich ist und zunächst Unfallzahlen zum Nachweis der Notwendigkeit der Maßnahme vorliegen müssen. Die CDU bittet Herr Krüger, die Umsetzung der Maßnahme mit dem Straßenbaulastträger zu erörtern.

Die UBG erkundigt sich, warum Anfragen von Investoren zur Ansiedlung auf dem Gemeindegebiet, die bei der Verwaltung eingehen, nicht im Ausschuss beraten werden. Der Bürgermeister verweist auf den Ausschuss für Planen und Bauen.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wünscht die Entfernung von Doppelpollern an einigen Stellen im Gemeindegebiet, um die Fahrradwege für Lastenräder zu öffnen. Herr Krüger bittet darum, ihm die konkreten Standorte zu nennen.

Die Ausschussvorsitzende regt an, dass der Ausschuss für Umwelt und Mobilität den Mobilitätshub in Senden besichtigt.

Dr. Susanne Diekmann
Vorsitzende

Elisa Mütherig
Schriftführerin